

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
A. Problemstellung.....	1
B. Ziel der Arbeit.....	4
C. Gang der Untersuchung	5
Kapitel 1: Überblick über die bisherigen Regelungen vor Inkrafttreten des FMStG und des MoMiG	7
A. Das Insolvenzverfahren vor Inkrafttreten der Neuregelungen.....	7
1. Einleitung des Verfahrens	7
2. Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	8
3. Eröffnung des Insolvenzverfahrens.....	8
4. Insolvenzplanverfahren	9
5. Eigenverwaltung durch den Insolvenzschuldner	10
B. Gläubigerschützende Instrumentarien nach bisherigem Recht.....	11
1. Insolvenzgründe vor Inkrafttreten des FMStG und des MoMiG.....	11
2. Insolvenzantragspflicht des § 64 Abs. 1 GmbHG a. F.	29
3. Haftungsrechtliche Sanktionen	35
4. Strafrechtliche Sanktionen gemäß § 84 GmbHG a. F.....	42
5. Anreize für eine freiwillige Einleitung des Insolvenzverfahrens	47
C. Probleme in der Rechtspraxis.....	51
1. Hohe Anzahl masseloser Insolvenzen und geringe Insolvenzquoten für ungesicherte Gläubiger	51
2. Vorsätzliche Insolvenzverschleppung und organisierte Bestattung von Gesellschaften	53
3. Zu späte Insolvenzantragstellung.....	56
4. Gesteigerte Risikobereitschaft im Vorfeld der Insolvenz.....	56
5. Kaum strafrechtliche und haftungsrechtliche Sanktionierung.....	57

6. Seltener und häufig missbräuchlicher Gebrauch der Möglichkeit zur freiwilligen Einleitung des Insolvenzverfahrens	58
D. Auswertung.....	59
Kapitel 2: Anforderung an den Gläubigerschutz im Kontext des GmbH-Rechts.....	61
A. Ursachen für die unter der alten Rechtslage bestehenden Probleme in der Rechtspraxis.....	61
1. Ursachen für die hohe Anzahl masseloser Insolvenzen.....	61
2. Ursachen für die verspätete Stellung des Insolvenzantrages, die hohe Risikobereitschaft und Missbräuche im Vorfeld der Antragstellung	63
3. Ursachen für die fehlende Akzeptanz der Möglichkeit zur freiwilligen Einleitung des Insolvenzverfahrens.....	67
4. Auswertung	70
B. Begriff des Gläubigerschutzes im Kontext des GmbH-Rechts.....	72
1. Möglichkeiten der Gläubiger zum Selbstschutz	72
2. Abwägung zwischen Gläubiger- und Gesellschafterinteressen.....	75
3. Zumutbarkeit des „normalen“ Insolvenzrisikos.....	76
4. Auswertung	77
C. Wettbewerbssituation zwischen GmbH und Ltd.....	77
1. Wettbewerbssituation vor Einführung der Unternehmergeellschaft (UG)	78
2. Wettbewerbssituation nach Einführung der UG	78
3. Auswertung	79
D. Anforderungen an die Neuregelungen im Rahmen des MoMiG und ESUG	80
Kapitel 3: Neuerungen im Rahmen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes („FMStG“) und des MoMiG	83
A. Neuregelungen im Rahmen des FMStG	83
1. Wortlaut.....	84
2. Begriff der Überschuldung nach dem FMStG	84

3. Bewertung	87
B. Neuregelungen im Rahmen des MoMiG	91
1. Neuerungen im Bezug auf die Insolvenzgründe	92
2. Neuregelung der Insolvenzantragspflicht in § 15a InsO.....	95
3. Haftungsrechtliche Sanktionen	115
4. Strafrechtliche Sanktionen	140
5. Keine neuen Anreize für eine freiwillige Antragstellung bei drohender Zahlungsunfähigkeit nach § 18 InsO.....	144
C. Probleme in der Rechtspraxis.....	145
1. Hohe Anzahl masseloser Insolvenzen geringe Insolvenzquoten für ungesicherte Gläubiger	145
2. Keine Verfolgung unrichtiger Antragstellung durch die Staatsanwaltschaft und geringe Bedeutung der Überschuldung für Insolvenzverschleppung und strafrechtliche Verfolgung.....	146
3. Zu späte Insolvenzantragstellung.....	146
4. Gesteigerte Risikobereitschaft im Vorfeld der Insolvenz/ vorsätzliche Insolvenzverschleppung und organisierte Bestattung von Gesellschaften	147
5. Negatives Image des Insolvenzverfahrens und die geringe Bedeutung des Insolvenzplanverfahrens und der Eigenverwaltung in der Praxis	148
6. Seltener und häufig missbräuchlicher Gebrauch der Möglich- keit zur freiwilligen Einleitung des Insolvenzverfahrens	149
7. Bewertung	149
D. Auswertung.....	150
Kapitel 4: Neuerungen im Rahmen des ESUG	155
A. Überblick über das Gesetzgebungsverfahren	155
B. Einführung des Schutzschirmverfahrens nach § 270b InsO	156
1. Konzeption	156
2. Formelle Voraussetzungen für die Anordnung des Verfahrens.....	157
3. Materielle Voraussetzungen für die Anordnung des Verfahrens	164

4. Ablauf.....	165
5. Möglichkeit zur Begründung von Masseverbindlichkeiten durch den Schuldner.....	169
6. Rechtsfolgen der Anordnung des Schutzschirverfahrens	171
7. Beendigung des Schutzschirmverfahrens	172
8. Bewertung	177
C. Verbesserung der Qualität der Insolvenzgerichte und Insolvenzrichter.....	179
1. Verbesserung der Qualifikation	180
2. Bewertung	180
3. Einführung eines Vorschlagsrechts des vorläufigen Gläubigerausschusses bei der Insolvenzverwalterbestellung	181
4. Bewertung	186
D. Erweiterungen der formalen Anforderungen an den Insolvenzantrag	187
1. Allgemeine Anforderungen.....	188
2. Erfordernis zusätzlicher Angaben.....	188
3. Bewertung	190
E. Neuerungen zur Stärkung der Eigenverwaltung.....	191
1. Ablehnung der Eigenverwaltung nur bei konkreten Anzeichen für Nachteile der Gläubiger.....	191
2. Einschränkung der Möglichkeit zur Aufhebung der Eigenverwaltung.....	194
3. Einsetzung eines vorläufigen Sachwalters im Eröffnungsver- fahren als gesetzlicher Regelfall	196
4. Einführung einer Rücknahmemöglichkeit des Insolvenzantra- ges bei Ablehnung der Eigenverwaltung	198
5. Möglichkeit zur Begründung von Masseverbindlichkeiten	199
6. Bewertung	201
F. Neuerungen zur Steigerung der Attraktivität des Insolvenzplanverfahrens	203

1.	Verbesserung der Durchsetzbarkeit des Insolvenzplanes	204
2.	Bewertung	205
3.	Beschleunigung des Insolvenzplanverfahrens und Verringerung der Rechtsmittellastigkeit	205
4.	Bewertung	210
5.	Möglichkeit zur Durchführung gesellschaftsrechtlicher Umstrukturierungsmaßnahmen mittels Insolvenzplan	210
6.	Bewertung	222
G.	Verbesserung der Anspruchsdurchsetzung durch Erweiterung des § 26 InsO.....	225
1.	Voraussetzungen für eine Vorschusspflicht nach § 26 Abs. 4 InsO	226
2.	Bewertung	227
H.	Probleme in der Rechtspraxis.....	229
1.	Nur geringer Rückgang der Anzahl masseloser Insolvenzen	229
2.	Begrenzte und teilweise missbräuchliche Umsetzung der neuen Instrumentarien in der Praxis.....	230
3.	Kaum Änderung der Insolvenzkultur.....	232
I.	Auswertung.....	233
Kapitel 5:	Möglichkeiten zur Ergänzung der gegenwärtigen Regelungen	239
A.	Ansätze zur Sicherstellung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens.....	239
1.	Einführung eines Insolvenzeröffnungskapitals	239
2.	Einführung eines Soll-Eigenkapitals.....	240
3.	Ausbau der Direkthaftung	240
4.	Einführung einer Insolvenzkostenpflichtversicherung	241
5.	Bewertung	242
B.	Ansätze zur Erweiterung der Außenhaftung	247
1.	Analoge Anwendung des Verfolgungsrechts gemäß § 93 Abs. 5 AktG auf die GmbH	247

2. Einführung einer unbeschränkten Direkthaftung nach dem Vorbild des polnischen Gesellschaftsrechts.....	251
3. Bewertung	252
C. Auswertung und Vorschlag zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation	253
Thesen.....	255
Literaturverzeichnis.....	259